

Prof. Dr. Dieter Dörr

# Programmvielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch funktionsgerechte Finanzausstattung

Rechtsgutachten zum Anspruch kleiner Rundfunkanstalten auf funktionsgerechte Finanzausstattung am Beispiel des Saarländischen Rundfunks unter Einbeziehung politikwissenschaftlicher und ökonomischer Aspekte

unter Mitarbeit von:  
Rechtsreferendar Michael Fromm



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

# Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung und Problemstellung	7
1. Allgemeines	7
2. Die Legitimationsbedürftigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen Rundfunksystem	11
a) Die Bedeutung des Rundfunks in der Demokratie	11
b) Die Rollenverteilung im dualen Rundfunksystem	13
3. Die Forderung nach wesentlichen Strukturveränderungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den Reformvorschlägen	14
II. Die funktionsgerechte Finanzierung der Landesrundfunkanstalten als Teil der verfassungsrechtlich gesicherten Rundfunkfreiheit	18
1. Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen Rundfunksystem	18
a) Die Entwicklung in der Nachkriegsphase	18
aa) Der Föderalismusgedanke	19
bb) Der unitarisch-kooperative Programmverbund des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	20
b) Die zunehmende Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen Rundfunksystem	23
2. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Auftrags Erfüllung	25
a) Die Finanzierung durch Rundfunkgebühren	25
b) Die Auswirkungen der Bestands- und Entwicklungsgarantie auf die Gebührenfinanzierung	28
c) Das neue Gebührenfestsetzungsverfahren und die Kritik an der Gebührenverteilung	29
3. Der Rundfunkfinanzausgleich als bisheriges Mittel zur funktionsgerechten Finanzierung der nehmenden Anstalten	35
a) Die Entwicklung des Rundfunkfinanzausgleichs	36
b) Die verfassungsrechtliche Notwendigkeit eines Finanzausgleichs beim derzeitigem Gebührenverteilungsverfahren	37
c) Ergebnis	40

III. Die weiteren Einwände gegen einen ersatzlosen Wegfall des Rundfunkfinanzausgleichs	42
1. Die Verletzung der Programmautonomie und der Verstoß gegen das Gebot der Staatsferne (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG)	42
a) Das Abwehrrecht wegen staatlicher Kompetenzüberschreitung bei der Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit	43
b) Das Abwehrrecht bei (un-)mittelbaren Eingriffen in die Anstaltsautonomie	45
c) Ergebnis	46
2. Der Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	47
3. Der Verstoß gegen das Prinzip der Bundestreue	51
4. Die Vermeidung einer intramedialen Konzentration und die Erhaltung eines pluralen Rundfunkangebots	53
5. Der Föderalismus und die Notwendigkeit föderaler Strukturen im Bereich der ARD	56
6. Ergebnis	59
IV. Diskutierte Alternativen zur Finanzausgleichsstruktur	61
1. Die Unzulässigkeit einer Aufgabe der einheitlichen Rundfunkgebühr	61
2. Das Hümmerich/Baesecke-Modell	62
3. Weitere Sockelbetragsmodelle	63
V. Die bedarfsgerechte Gebührenverteilung als sachgerechte Lösung	65
VI. Zusammenfassung	69
Literaturverzeichnis	75
I. Kommentare	75
II. Abhandlungen und Monographien	75
III. Aufsätze	77
IV. Sonstiges	77